

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Hans-Ulrich Klose MdB zur Lage in der DDR: Zeit für eine Initiative.

Seite 1

Rudolf Scharping MdL zu einem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz: Den Einfluß der Ultrarechten auf junge Menschen abwehren.

Seite 3

Horst Sielaff MdB zur Notwendigkeit, auf die zu hören, die zum Bleiben auffordern: Kein Interesse am Exodus der DDR-Jugend.

Seite 4

### Dokumentation:

Der ehemalige Hamburger Unterrichtsminister, Prof. Dr. Joist Grolle, hielt beim zweiten Friedenssymposium der Partnerstädte Hamburg und Dresden im Hamburger Rathaus kürzlich einen Vortrag zum Thema „Friedenserziehung und Gesellschaft“, den wir in zwei Teilen dokumentieren. (Teil II und Schluß)

Seite 6

44. Jahrgang / 166

30. August 1989

Zeit für eine Initiative

Zur Lage in der DDR

Von Hans-Ulrich Klose MdB

Die Realitäten im Ostblock verändern sich mit zunehmender Geschwindigkeit: In der Sowjetunion selbst, in Polen, in Ungarn. Nur in der DDR ändert sich nichts.

Warum das so ist, hat uns Otto Reinhold, Mitglied im ZK der SED, erklärt: Der Versuch, kapitalistische Erfolgsmethoden im Sozialismus anzuwenden, zwingt zur Übernahme immer neuer Elemente einer kapitalistischen Gesellschaft.

Für die DDR sei das unakzeptabel, denn die DDR ist nur „als sozialistische Alternative zur BRD denkbar“; eine kapitalistische DDR habe neben einer kapitalistischen Bundesrepublik keine Existenzberechtigung.

Wenn das so ist beziehungsweise so gesehen wird, ist es einigermaßen unrealistisch, auf wirkliche Reformen in der DDR zu hoffen. Dann dürften aber auch all jene gutgemeinten Vorschläge unrealistisch sein, die darauf hinauslaufen, der DDR-Führung Reformen durch ein umfassendes Angebot der Kooperation abkaufen zu wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Der Preis der staatlichen Existenzgefährdung wäre für die kommunistische Führung jedenfalls zu hoch. Was sie anbieten könnte, wären allenfalls Scheinreformen, die die materiellen Lebensverhältnisse ein Stück weiter verbessern, den Zustand andauernder Entmündigung der Menschen aber nicht verändern könnten. Das Ergebnis wäre - bestenfalls - ein höheres Maß an Stabilität.

Das mag ein Ergebnis sein, das politisch vertretbar ist; zumal eine instabile DDR genügend Gefährdungspotential für Europa insgesamt enthält. Zwei Fragen wären aber zu bedenken:

1. Dürfen wir den Deutschen im anderen deutschen Staat auch in Zukunft solche Stabilitätsopfer zumuten? Das ist für uns eine moralische, für die Menschen in der DDR eine existentielle Frage.
2. Wie lange geht das gut? Der Druck, der sich in der DDR über Jahrzehnte aufgestaut hat, ist groß: wie groß, erleben wir in diesen Tagen. Wer ist sicher, daß er sich auch künftig „nur“ in einer massenhaften Fluchtbewegung entlädt?

Geschichte entwickelt sich nicht nach Gesetzmäßigkeiten, die berechenbar sind. Umso dringlicher der Versuch, deutsche Irrationalität mitzudenken. Wenn wir, die Deutschen, überfordert sind - vielleicht, vielleicht wäre es dann die richtige Zeit für eine Initiative der Alliierten, deren fortdauernde Verantwortung für Deutschland als Ganzes nicht nur auf dem Papier steht.

(-/30.8.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Den Einfluß der Ultrarechten auf junge Menschen abwehren

Zu einem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Von Rudolf Scharping MdL  
Oppositionsführer in Rheinland-Pfalz  
Vorsitzender der Jugendpolitischen Kommission beim Parteivorstand der SPD

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag von Rheinland-Pfalz einen Entschließungsantrag zum Thema „Rechtsradikale Einflußnahme auf junge Menschen“ eingebracht. Sie erhofft sich im Landesparlament eine lebhafte Debatte vor dem Hintergrund des Erstarkens rechtsextremistischer Parteien und Gruppen und eine weitgehend geschlossene Haltung des Mainzer Landtags.

In dem Entschließungsantrag hat die SPD-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtags neben zahlreichen Einzelvorschlägen sechs Schwerpunkte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt:

1. Der Landtag von Rheinland-Pfalz sieht das Anwachsen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland mit Sorge. Die Zunahme von Gesetzesverletzungen einschließlich von Gewaltakten mit rechtsextremistischem Hintergrund, der Mitgliederzuwachs bei rechtsextremistischen Organisationen sowie der Einzug in Landesparlamente sollten Alarmzeichen für alle Demokraten sein.
2. Nach Auffassung des Landtags erhält der Rechtsextremismus zunehmend auch in der Bundesrepublik Deutschland durch Ausländerhetze und Fremdenfeindlichkeit neuen Auftrieb. Der Landtag nimmt mit Betroffenheit zur Kenntnis, daß soziale und ökonomische Problemlagen, insbesondere die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, eine neue Wohnungsnot und die damit verbundenen Existenzängste der Bürger für die Zwecke rechtsextremer Ideologien mißbraucht werden.
3. Rechtsextreme Tendenzen finden sich in allen Generationen. Sie sind heute noch eher ein Problem erwachsener Generationen als der Jugend, aber in der rechtsradikalen Einflußnahme auf Jugendliche liegt die größte gesellschaftliche Gefahr. Ihr entgegenzuwirken muß Verpflichtung aller gesellschaftlichen Institutionen sein.
4. Der Landtag fordert alle gesellschaftlichen Kräfte auf, ihre Anstrengungen zur Eindämmung und Überwindung rechtsextremistischer Bestrebungen zu verstärken.
5. Gegen die Verbreitung der menschenverachtenden neonazistischen Computerspiele ist mit allen geeigneten Mitteln vorzugehen. Die Lehrerschaft wird aufgefordert, ihre Aufsichts-, Eingriffs- und Einflußmöglichkeiten konsequent wahrzunehmen. Ohne verführte Jugendliche zu kriminalisieren, sind die Hintermänner durch Polizei und Staatsanwaltschaft zu ermitteln und strafrechtlich zu verfolgen. Die Deutsche Bundespost wird aufgefordert, den Vertrieb an Jugendliche über Postlageranschriften zu erschweren.
6. Der Landtag stellt abschließend fest, daß die Eindämmung rechtsradikaler Gefahren bei Jugendlichen ein Feld vorbeugender Politik ist, auf dem alle politischen Ebenen und gesellschaftlichen Kräfte zusammenarbeiten müssen. Konkreten Maßnahmen vor Ort kommt dabei die herausragende Bedeutung zu. Der Landtag fordert die Bundesregierung, die Landesregierung, die Gemeinden, die Kirchen, Gewerkschaften, Jugend- und Sportverbände auf, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die notwendigen und möglichen Maßnahmen zu ergreifen.

(-/30.8.1989/vo-he/rs)

· Kein Interesse am Exodus der DDR-Jugend

Zur Notwendigkeit, auf die zu hören, die zum Bleiben auffordern

Von Horst Stieff MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die großen Zahlen von Übersiedlern und Flüchtlingen aus der DDR dürfen nicht dazu führen, daß die Bundesregierung den Kopf in den Sand steckt und allein auf die Verantwortung der SED-Führung in Ost-Berlin verweist. Das ist keine offensive Politik und wird der so oft zitierten gesamtdeutschen Verantwortung in keiner Weise gerecht.

Ganz offenbar ist die Bundesregierung auf diese Situation nicht vorbereitet gewesen, obwohl auch das Beispiel UdSSR zeigte, daß mehr „Perestrojka“ zunächst zu größeren Ausreisezahlen führt. Die Stimmung in der DDR-Bevölkerung - insbesondere bei der jungen Generation - ist uns seit langem bekannt. Die Abschaffung der Visa-Pflicht zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland ist seit langem in der Diskussion; eventuelle Auswirkungen sind jedem Sachkenner bekannt. Insofern ist es schon erstaunlich, wie hilflos jetzt die Bundesregierung - zum Beispiel mit der Errichtung von Zeltstädten in Bayern - reagiert.

Wir können kein Interesse daran haben, daß der Exodus der jungen Generation aus der DDR anhält. Das Weglaufen vieler aus der DDR erschwert in mancherlei Bereichen die Situation der Bleibenden. Schon seit langem weisen uns die Vertreter der DDR-Kirchen darauf hin, welche Auswirkungen der Weggang so vieler Ärzte und Ärztinnen aus der DDR hat. In einigen Regionen ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung bereits ernsthaft gefährdet.

Die Kirchenvertreter in der DDR bitten ihre BürgerInnen nicht ohne Grund zu bleiben. Weglaufen ist kein verantwortliches Handeln; mit wem kann dann noch eine Umgestaltung bewirkt werden, so die Argumente derer, die bleiben wollen und auf die positiven Veränderungen im eigenen Land setzen.

Wir in der Bundesrepublik sollten diese Stimmen ernstnehmen. Der erneut wiederholte Vorschlag - jetzt durch Günter Gaus - so etwas wie einen Marshall-Plan für Ostmitteleuropa zu entwickeln, sollte von der Bundesregierung bedacht und aufgegriffen werden.

In der Bundesrepublik sollten Äußerungen unterbleiben, die unterstellen, bei uns werden Aus- und Übersiedler als wichtige Arbeitskräfte benötigt. Wir sollten ebenso alles unterlassen, was geeignet ist, die Illusion zu erzeugen, als entstünden bei uns keinerlei Probleme durch den großen Zustrom Deutscher aus der DDR und anderer Staaten Ost- und Südosteuropas. Wir sollten auch nicht ständig von den „Betonköpfen“ in der SED-Führung reden.

Es gibt positive Signale, daß Politiker in der DDR begreifen, daß zum Beispiel die Gesprächs- und Dialogbereitschaft der SED mit der Bevölkerung verstärkt werden muß. So wurde auf dem letzten Pflingstreffen der FDJ eingeräumt, daß die Kultur des öffentlichen Streits in zivilisierter Form noch zu lernen sei und daß Kritiker in der DDR nicht gleich zu Staatsfeinden erklärt werden dürfen. Ausdrücklich wurde das SPD-SED-Papier über die „Kultur des politischen Streits“ als gute Grundlage auch innerhalb der DDR bezeichnet.

Es ist sicher kein Zufall, daß der langjährige Stellvertreter des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit und Chef der Hauptabteilung Aufklärung dieses Ministeriums, Generaloberst a.D. Wolf, sich für die Offenheit in der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung in seinem Land einsetzt. Im Fernsehen der DDR erklärte er, der „Dialog der Vernunft“ und das „neue Denken“ müßten „richtigerweise auch auf den Umgang miteinander, auf den Andersdenkenden im eigenen Land“ angewendet werden. Dies entspricht haargenau der Zielsetzung des Streit- und Dialog-Papiers von SPD und SED.

Mit Blick auf die Fluchtbewegung aus der DDR ist interessant, daß Wolf die Wünsche von Gesprächspartnern in die Worte bündelt, „daß man den Menschen stärker das Gefühl des Gebraucht-werdens geben muß, daß jeder an seinem Platz die Möglichkeit hat, sich zu verwirklichen, daß die Menschen hier in diesem Land, im Sozialismus ihre Lebenserwartungen erfüllen können, gleich ob sie selbst überzeugte Sozialisten sind oder nicht“.

Positive Ansätze und Bemühungen sollten nicht völlig von uns übersehen werden.

Trotzdem bleibt die Aufforderung an die DDR-Führung, den Demokratisierungsprozeß auch in der DDR zu unterstützen, Perspektiven für die Zukunft zu erarbeiten und die kritischen BürgerInnen als positives und zu pflegendes Element zu begreifen.

(-/30.8.1989/va-he/rs)

DOKUMENTATION

Prof. Dr. Joist Grolle: Friedenserziehung und Gesellschaft

(Teil II und Schluß)

Der ehemalige Hamburger Unterrichtsminister, Prof. Dr. Joist Grolle, hielt beim zweiten Friedenssymposium der Partnerstädte Hamburg und Dresden im Hamburger Rathaus kürzlich einen Vortrag zum Thema „Friedenserziehung und Gesellschaft“, den wir in zwei Teilen dokumentieren.

Darf Schule ein Instrument der Verteidigungspolitik sein?

Ich bin mir bewußt, daß ich mit dieser Frage an einen besonders empfindlichen Punkt rühre. Jedermann weiß, daß Wehrerziehung ein wichtiger Teil des Erziehungsauftrages der öffentlichen Schulen in der DDR ist. Jedermann weiß auch, daß Schule in der DDR nicht nur zur Akzeptanz der Wehrpflicht, sondern auch zu einer ausreichenden Zahl von Längerdienenden beizutragen hat. In der Bundesrepublik liegen die Dinge bekanntlich anders: es gibt in keinem Bundesland einen Wehrkundeunterricht, es ist auch nicht zulässig, in der Schule für den Dienst in der Bundeswehr zu werben. Und doch ist richtig, daß christdemokratische wie sozialdemokratische Verteidigungsminister wiederholt die Erwartung öffentlich geäußert haben, Schule habe ihren Beitrag zur „Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft unserer Jugend“ zu leisten. Sehr zum Kummer unserer Verteidigungsminister wird dieser Anspruch von der Schulwirklichkeit nicht eingelöst, aber der öffentlich geäußerte Anspruch besteht immerhin.

Es wäre in der gegenwärtigen Sicherheitslage illusionär, die in beiden deutschen Staaten bestehende allgemeine Wehrpflicht in Frage stellen zu wollen. Wohi aber müssen sich beide Seiten die Frage gefallen lassen, ob ausgerechnet Schule ein Ort ist, an den Militärs Ansprüche zu stellen haben. So unterschiedlich auch die Wehrdienstgesetze in der DDR und in der Bundesrepublik aussehen, ein Faktum ist hier wie dort, daß der Dienst mit der Waffe in Gewissensentscheidungen führt, die kein Lehrer dem Schüler abnehmen kann und abnehmen dürfte. Nicht ohne Grund haben sich die Kirchen in beiden deutschen Staaten der anerkannten Wehrdienstverweigerer hier und der faktischen Wehrdienstverweigerer dort mit besonderem Nachdruck angenommen. Es ist in meinen Augen mit dem Respekt vor der Gewissensentscheidung des Einzelnen unvereinbar, wenn sich der Staat der Schule bedient, um auf diese Entscheidung mehr oder weniger massiv Einfluß zu nehmen. Meine Hoffnung ist, daß die Politik der Entspannung endlich dem Grundsatz generelle Geltung verschafft, daß Schule nicht für verteidigungspolitische Zwecke instrumentalisiert werden darf. Schule hat den Kindern, nicht den Militärs zu dienen.

Ein praktischer Vorschlag: Austausch zwischen Partnerschulen in Dresden und Hamburg

Damit es von meiner Seite nicht bei der Erörterung von Grundsätzen bleibt, lassen Sie mich zum Schluß noch einen Vorschlag machen, der auf konkretes Handeln unserer beiden Partnerstädte zielt. Wir sollten zwischen unseren Schulen einen Austausch vereinbaren, der geeignet ist, wechselseitige Vorurteile abzubauen und zugleich Brücken der Verständigung zu bauen. Ich schicke vorweg, daß ich meine Überlegungen zuvor mit der in Hamburg zuständigen Schulsenatorin besprochen habe. Ich mache meinen Vorschlag also nicht nur im eigenen Namen, sondern zugleich im Namen der Stadt Hamburg.

Wir stellen uns vor, daß beide Seiten Partnerschulen benennen, die miteinander in engere Verbindung treten. Jede dieser Schulen sollte pro Jahr mindestens einer lehrerbegleiteten Schülergruppe eine Reise in die Partnerstadt ermöglichen. Es scheint uns wichtig, daß es sich dabei von beiden Seiten nicht um Delegationen handelt, sondern um geschlossene Klassen. Im Interesse eines unmittelbaren und persönlichen Kontaktes sollten die Schüler beiderseits in Familien Unterkunft finden. Das Programm selbst sollte zwischen den Partnerschulen in eigener Verantwortung abgestimmt werden, in jedem Fall aber wechselseitige Unterrichtsbesuche und Aussprachemöglichkeiten einschließen. Denkbar und wünschenswert ist, den lehrerbegleiteten Schüleraustausch durch einen gesonderten Lehreraustausch zu ergänzen.

Neben dem Austausch von Schülern und Lehrern sollte den Partnerschulen auch ein Zeitungsaustausch ermöglicht werden. Hamburg regt an, daß die Partnerstädte zum Zwecke eines solchen Austausches für eine ausgewählte Zahl von Tages- und Wochenzeitungen ein längerfristiges Abonnement garantieren. Selbstverständlich sollten wechselseitig vorhandene Schüler- oder Schulzeitungen in den Austausch einbezogen sein.

\* \* \*

(-/30.8.1989/vo-he/rs)